

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Druck, Schriftleitung und Verkaufsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Herausf. Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 40

Berlin, den 1. Oktober 1927

2. Jahrgang

## Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft.

Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung hat sich nie in den Rahmen der nationalen Einigung spannen lassen. Schon in der Frühzeit des Kapitalismus unterhielt der Handel lebhafte Verbindungen mit allen nur erreichbaren Ländern, die ihm Gelegenheit zum Absatz der Waren und zur Aufnahme von Landesprodukten boten, die das eigene Land nicht hervorbrachte. Mit der Ausgestaltung der Verkehrsmittel erlangte die Ausdehnung des Nebenhandels eine immer größere Bedeutung und führte in der neuern kapitalistischen Entwicklung zu einer engen Verflechtung internationaler Interessen. Nicht zuletzt bedingt durch die Bedürfnisse der europäischen Industrie, die zunehmend auf Rohstoffe aus weit entlegenen Ländern angewiesen war. Die starke Position Amerikas ist demgegenüber sofort erkennbar. Die in der kapitalistischen Entwicklung uns stark ähnelnden Vereinigten Staaten befanden sich in einer bedeutenden vorstehenden Lage. Innerhalb der weit ausgedehnten Länderegebiete der U.S.A. ergab sich für die Industrie dieses Staates eine nahezu restlose Versorgung mit Rohstoffen. Daneben wurde dieses Land ein bedeutamer Rohstofflieferant der europäischen Staaten.

Europa war schon demgegenüber durch die Zerrissenheit seiner Staatenbildung weit im Nachteil; die Rohstoffgebiete waren verteilt und ungleich in den einzelnen Staaten entwickelt. Der industrielle Aufbau geriet immer mehr in Abhängigkeit von den ferngelegenen Rohstoffgebieten. Dazu kam, daß für einige wichtige Rohstoffe — Baumwolle und Kautschuk usw. — schon die klimatischen Verhältnisse keine Erzeugungsmöglichkeiten boten. Eine weitere Abhängigkeit ergab sich dadurch, daß die landwirtschaftliche Produktion für die stark anwachsende Bevölkerung den Bedarf des eigenen Landes nicht mehr deckte. Es wäre auch in Europa eine starke Ertragssteigerung der Landwirtschaft möglich, sicher in dem Umfang des Nahrungsmittelebedarfs der europäischen Bevölkerung; aber hier stößen wir auf politische Hemmungen, die eine solche Entwicklung verhinderten. Man braucht nur an die frisch harten Gebiete auf dem Balkan zu denken, deren Ertragsfähigkeit nie ausgenutzt wurden, denn bei der Zerrissenheit und endlosen Kämpfung der verschiedenen Völkerstaaten unter einem despotischen politischen Regime wurde der kulturelle und soziale Fortschritt unterbunden. Über vergleichbaren mir uns welschen Entwicklungsmöglichkeiten die russische Landwirtschaft bot, die unter einem reaktionären politischen System auf einen Tiefstand der Produktionsweise gehalten wurde, und auch bis gegenwärtig noch nicht zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit gekommen ist.

An alledem hat der Versailler Vertrag nichts geändert, vielmehr eine Verschärfung hinzugefügt. Die in ihrer Entwicklung zusammengehörigen Wirtschaftsgebiete sind zwischen neuenständigen Staaten aufgeteilt zum Nachteil derjenigen Völker, die bisher um den wirtschaftlichen Zusammenhalt Jahrzehntelang thron erfolgreich bemüht waren. Verschärft wurde die Dissonanz durch die Abtrennung der Staaten durch hohe Schutzwälle, um so künftlich die Kraft zur eigenen Selbstständigkeit zu gewinnen. Das ganze Wirtschaftsgetriebe ist durch das europäische Durcheinander in einen Zustand der Schwäche geraten. Vor dem Kriege bedrängten und widerwärtigten in ähnlichem Umfange nicht. Die Rohstoffversorgung hat den europäischen Industriestaaten nie Sorge gemacht. Zunehmend ging die Entwicklung dahin, daß in der Ausübung der europäischen Industriestaaten und in der Veredelung zu Herligfabrikaten ein gewisser Ausgleich zwischen Einführung von Rohstoffen und Ausfuhr von Herligfabrikaten sich herausbildet hatte. Auch bei der Versorgung mit Lebensmitteln ergaben sich, sobald die Nachwirkungen des Krieges vorüber waren, keine Schwierigkeiten; im Gegenteil, es wurde uns oft des Guten zu viel geboten. Für die Zukunft wird sich daran nichts ändern. Aber es hat sich doch eine nicht unbedeutende Umstellung in folgendem vollzogen.

Der Anteil, den die europäischen Industriestaaten am Welthandel in der Zeit vor dem Kriege erlangt hatten, hat unter dem Einfluß der starken Verschiebung wirtschaftlicher Machtstellung eine erhebliche Verschiebung erlitten. Der Welthandel hat zwar 1926 wieder die Höhe des Jahres 1913 erreicht, aber die europäischen Staaten sind dabei stark behindert worden. Der Anteil im Gesamt Handel ist von 99,52 Milliarden Reichsmark im Jahre 1913 auf 85,25 Milliarden Reichsmark im Jahre 1926 zurückgegangen. Mit einem Verlust von 14,24 Proz. Noch ungünstiger gestaltet sich dabei das Verhältnis Deutschlands zu diesem Ergebnis, denn für uns ergibt der Gesamt Handel (Einf. und Ausfuhr) nach den Berechnungen des Instituts für Konjunktur forschiung einen Rückgang von 36,02 Proz.

Für die hochentwickelten europäischen Industriestaaten bedeutet dieser Eingriff in ihre Wirtschaftssphäre eine sehr ernste Gefahr. Für Deutschland trifft das in besonders hohem Maße zu, denn es führt im Jahre 1926 an Lebensmitteln, Aufstofen und Halbfabrikaten für 85,02,89 Millionen Reichsmark ein. Seine Gesamteinfuhr im reinen Warenverkehr von 995,05 Millionen Reichsmark. Dazu kommt, daß in dem gleichen Zeitraum die Ausfuhr von 10,096,8 Millionen auf 6643,2 Millionen Reichsmark zurückgegangen ist. Die absoluten Zahlen für 1926 sind höher; aber mit Recht hat das Institut für Konjunkturforschung unter Berücksichtigung der Preiserhöhung auf dem Warenmarkt die Zahlen für 1926 entsprechend erhöht, um zu einem richtigen Vergleich zu kommen.

Das Ergebnis ist sehr übel, denn die kapitalistische Entwicklung erfordert eine Steigerung des Getreihandels, wie wir es vor dem Kriege von Jahr zu Jahr zu vergegenhalten hatten. Das für Deutschland eine Steigerung des Außenhandels dringend notwendig ist, kann nicht in Zweifel gezogen werden.

Wie aber möglich machen? — Hier ergeben sich schroffe Gegensätze in der Auffassung der Industrie und der Gewerkschaften. Der Reichsverband der deutschen Industrie will die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt mit billigen Warenauspreisen schlagen, die durch niedere Löhne und

lange Arbeitszeit erreicht werden sollen. Dem widerstehen sich die Gewerkschaften nicht nur vom Standpunkt sozialpolitischer Erwägungen, sondern auch von dem volkswirtschaftlichen Erkenntnis. Die Industrie sollte doch endlich erkennen, daß gegenüber den hochgezehrten Schutzzolltarifen ein Lohndruck zur Ausgleichung dieser Zollbelastung unmöglich ist. Wir haben heute Zölle im Auslande, die bis zu 50 Proz. und darüber die deutsche Ware im Wert belasten. Ein solcher Schutzzolltarif ist nicht zu überflügeln durch den Druck niedriger Löhne und der damit verbundenen Preissenkung. Aber selbst wenn es möglich wäre, dies zu erreichen, so würde das nach aller bisherigen Erfahrung nur einen Anreiz zu neuer Zollserhöhung geben unter Berufung auf eine unsolide Konkurrenz. Horden doch die Vereinigten Staaten gegenwärtig wieder gegen Deutschland eine Erhöhung des Zolles für Stahl und Stahlerzeugnisse, weil für die deutsche Ausfuhr von der Stahlstaatsgemeinschaft eine Exportförderung gewährt wird.

Bei allen Zolltarifverhandlungen mit dem Auslande spielt der Hinweis auf die niederen Löhne und die lange Arbeitszeit in Deutschland eine große Rolle. Um sich ein Bild von den ungleichen Verhältnissen zu machen, genügt es, wenn man die englischen Erhebungen vom Jahre 1924 über die Arbeitszeit in den Betrieben der Metallindustrie zur Hand nimmt. Demnach betrug die Arbeitszeit in 13 Betrieben der Metallindustrie wöchentlich 48 Std. und darüber, d. h. bis zu 41,6 Std.; nur die Röhrenindustrie verzeichnete 49,6 Std. Eine auch nur annähernd günstige Stellung werden wir in der deutschen Metallindustrie vergleichlich suchen. Wenn unter solchen Gegenüberstellungen im Auslande von einem deutlichen Dumping gesprochen wird, so werden wir dem beweiskräftigen Material nicht entgegensehen können. Gleich ungünstig fällt ein Vergleich mit englischen oder amerikanischen Löhnen aus.

Wir können unter diesen Umständen nur zu verträglichen Zuständen kommen, wenn entsprechend den Beschlüssen der Genfer Wirtschaftskonferenz ein Abbau der Zölle erfolgt. Dies muß durch günstige Handelsverträge erreicht werden. Ferner müssen alle Behinderungen im Warendurchgangsverkehr sowie in der Ausübung kaufmännischer Tätigkeit aufgehoben werden. Ob der Weltmarkt in absehbarer Zeit seine Aufnahmefähigkeit überhaupt stark erweitern wird, erscheint sehr unsicher; wir müssen uns klar werden, daß sich hier Änderungen in den letzten Jahren vollzogen haben, die für ein schnelles Tempo der Auftaktentwicklung keine Hoffnungen aufkommen lassen. Die allein richtige Einführung vom Standpunkt einer der Allgemeinheit dienenden Wirtschaftspolitik kann nur die sein, daß eine Warenpräferenz durch weitestgehende Ausübung technischer Hilfsmittel und organisatorisch einfacher Betriebsweise erzielt wird, nicht aber auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft. Weiter wird man die Anforderungen stellen — daran kann man der Ansicht, die auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Ausdruck kam, zustimmen — daß unsere Erzeugnisse sich durch hohe Qualität empfehlen müssen.

Zolldruck führt zur Verarmung der großen Masse, seit die Lebenshaltung herab, und aus auf den Innemarkt verberend wirken. Kein Volk mit niederen Löhnen und langer Arbeitszeit nimmt eine kulturell hohe Stellung ein. Immer wird die große Schicht der Erwerbstätigen in Industrie, Handel und Landwirtschaft durch ihre Lebensgestaltung auch die Kulturrhöhe eines Volkes deutet. Wenn es uns gelingt, den gegenwärtigen Aufstieg der Konjunktur zu halten, ja darüber hinaus noch zu steigen, dann nur durch die Sicherung einer Lebenshaltung der großen Masse, die keinen Rückslag verträgt, sondern eine Aufwärtsentwicklung verlangt.

R. Schmidt, M. d. R.

## Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

(IGB.) Die vom 16. bis 17. September in Amsterdam abgehaltene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes befaßte sich in erster Linie mit den zahlreichen Ausgaben, die der Pariser Kongress dem Vorstand und dem Sekretariat übertragen hat. Schon in dieser ersten Sitzung der nunmehr durch zwei neue Mitglieder erweiterten Executive machte sich die gute Auswirkung verschiedener in Paris getroffener organisatorischer Maßnahmen deutlich bemerkbar.

Nach einer in mancher Hinsicht eingetreteten straffer Koordination und Zentralisierung der Kräfte wird der IGB mit doppelter Sachlichkeit und Einheitlichkeit seine Arbeit forschken können.

Was die in Paris zur Annahme gelangten Resolutionen über die großen Probleme unserer Zeit betrifft, so traf der Vorstand zunächst vorbereitende Arbeiten zur Ausführung der Beschlüsse betreffend die Wirtschaftslage der Arbeiter, den Kampf um den Achtstundentag, die Anti-Kriegspropaganda usw.

Zunächst soll der endgültige Text des vom Pariser Kongress

ausgestellten wirtschaftlichen Programms den Landeszentralen

zur Stellungnahme angehant, und diese sollen um jede Auskunft gebeten werden, die jeder sozialen Wirkamkeit auf internationalem Gebiete zugrunde gelegt werden müssen, d. h.

Auskünfte über die in nationalen Rahmen im Kampf gegen die kapitalistische Handelspolitik erreichten Resultate, sowie

über die Vorkehrungen zur Vermeidung der Schädigung der

Arbeiterkraft durch die Nationalisierung, zur Bekämpfung der

Auswüchse des nationalen und internationalen Kartellwesens usw.

Die von den Landeszentralen bereits erzielten Resultate

und die für die nächste Zukunft von ihnen geplanten Aktionen

soll die Grundlage der Arbeit und Propaganda auf internationalem Gebiete werden. In diesem Sinne sollen die einigungsangenehmen Antworten vom Sekretariat bearbeitet und in einem Bericht einer der nächsten Vorstandssitzungen vorgelegt werden. Das Endziel ist die Auffstellung eines praktischen Aktionsprogramms, mit dessen Vorbereitung das Sekretariat beauftragt wird.

Die Frage des Achtstundentages wurde von zwei Gesichtspunkten aus behandelt. Da die Arbeiterschaft international immer noch am meisten von der Ratifizierung der Washingtoner Konvention zu erwarten hat, sollen die Bestrebungen in dieser Richtung noch Möglichkeit gefördert werden, und zwar durch direkte Schritte bei den Regierungen, durch parlamentarische Eingriffe in Zusammenarbeit mit den der Ratifizierung günstig gesinnten Parlamentsgruppen, durch Propagandeveranstaltungen und Presse-Kampagnen. Um die Wirkamkeit dieser Schritte zu erhöhen, sollen sie in den verschiedenen Ländern möglichst gleichzeitig internationale werden. Diese Wirkamkeit auf der äußeren Front soll erzielt werden durch Erhebungswerken innerhalb der Gewerkschaften, durch die ein klares Bild der wirklichen Lage gewonnen werden kann. In diesem Sinne hat der Pariser Kongress bekanntlich eine Resolution angenommen, in der der Vorstand des IGB beauftragt wird, sich mit den Landeszentralen in Verbindung zu setzen, um zu bewirken, daß mit Beginn des Jahres 1928 alle zwei Jahre eine Untersuchung über die wöchentliche Arbeitszeit durchgeführt und darüber eine Statistik angelegt wird. Da nur dann neue Gesichtspunkte gewonnen werden können, wenn in den einzelnen Ländern die effektive Arbeitszeit zu einer bestimmten Zeitpunkt an Ort und Stelle festgestellt wird, d. h. wenn die dazu nötige Maschinerie vorhanden ist, soll zunächst ein Fragebogen aufgestellt werden, auf Grund dessen untersucht werden kann, in wie weit die Landeszentralen in der Lage sind, die Durchführung der verlangten Erhebung zu dem gewünschten Ende zu bringen. Diese Feststellung kann nicht nur international von Nutzen sein, sondern sicherlich auch viel dazu beitragen, daß man sich in den einzelnen Ländern der nationalen Aufgaben auf diesem Gebiete besser bewußt wird und versucht,

in der Schaffung der nötigen Maschinerie dem guten Beispiel seiner Länder nachzustreben, die, wie z. B. Deutschland, solche Erhebungen bereits mustergültig durchführen.

Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete die Gestaltung des Verhältnisses des IGB zum Internationalen Arbeitsamt. Genosse Dubois, der bis zum Mai 1928 Mitglied des Verwaltungsrates des IWA ist, wurde erluft, den IGB bis zu diesem Zeitpunkt in dieser Körperschaft zu vertreten. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Vorberichtigungsarbeiten für die Stellungnahme der Arbeitergruppe auf den internationalen Arbeitskonferenzen im Sekretariat des IGB ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Mehr als bisher soll dafür Sorge getragen werden, daß die Landeszentralen und ihre Organisationen so früh als möglich genau über die zu Behandlung kommenden Probleme unterrichtet werden. Diese Ausklärungsarbeit soll dem Vorstand des IGB jeweils die Möglichkeit geben, internationale Gesichtspunkte heranzubringen, so daß die Landesorganisationen in der Lage sind diese Richtlinien bei der Beantwortung der Fragebogen gegenüber ihren Regierungen gebührend zu berücksichtigen. Gleichzeitig werden diese Fingerzeige der einheitlichen Stellungnahme der Arbeitergruppe der internationalen Arbeitskonferenzen in Genf in hohem Maße zugute kommen. Soweit es die in Bezug auf die Behandlung der Frage der Wiedereinführung bereits voraerührte Zeit noch zuläßt, sollen entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Ferner sollen verschiedene Forderungen, bei den Zugendlich und die Angestellten, bei den in Frage kommenden Instanzen der internationalen Arbeitsorganisation in zweckmäßiger Weise in den Vordergrund gerückt werden.

Um die Kontinuität der Arbeit des noch jungen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomites nach Möglichkeit zu fördern, beschloß der Vorstand, die Forderungen dieser Körperschaft in ihrer heutigen Zusammensetzung zu bestätigen.

Die Lage der italienischen Arbeiterbewegung beschäftigte den Vorstand in zweiter Sitzung, erstmals in bezug auf die Lage der Bewegung in Italien selber, resp. ihre Vertretung in Paris, und zweitens in bezug auf die den Landeszentralen zustehende Organisation der ausgewanderten italienischen Arbeiter. Zu der zweiten Frage sind besonders Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Schweiz interessiert. Um auf der Grundlage der praktischen Arbeit der italienischen Kameraden innerhalb der Organisationen dieser Länder eine Verteilung der ganzen Last der italienischen Arbeiter innerhalb und außerhalb ihres Landes zu ermöglichen, wurde die Ablösung einer Konferenz beschlossen, zu der die in Bezug auf die Wiedereinführung bereits voraerührte Zeit noch zuläßt, sollen entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Ferner sollen verschiedene Forderungen, bei den Zugendlich und die Angestellten, bei den in Frage kommenden Instanzen der internationalen Arbeitsorganisation in zweckmäßiger Weise in den Vordergrund gerückt werden. Die Konferenz soll unter Leitung des IGB das ganze Problem der italienischen Arbeiterbewegung prüfen und definitive Beschlüsse fassen.

Was den Auftrag des Pariser Kongresses betrifft, die Möglichkeit der Verwendung einer bestimmten Sprache oder Hilfs sprache als führende Sprache auf den Kongressen des IGB zu untersuchen, so soll an die Landeszentralen und Internationalen Berufsssekretariate herangetreten und unterjagt werden, welche Sprache siegi in Frage kommt.

Die Frage der Reorganisation des IGB wurde im Zusammenhang mit der Einberufung der nächsten Ausschließung berichtet, die einen Austausch zur Vorbereitung folgender Punkte eingeschloß: Reorganisation des Generalsekretariats, Vorschläge für den Generalsekretär und für die Vizegeneralsekretäre, Maßnahmen betreffend die Verteilung, Bericht über die geleistete Frage der Organisation und über die Möglichkeit ihrer Ausbreitung, Bericht über eventuelle weitere Schritte, die zur Förderung der Arbeit des IGB für notwendig gehalten werden.

Das Sekretariat wurde beauftragt, über alle diese Punkte und speziell die bei der Verlegung des Sitzes in Betracht kommenden Faktoren geographische Lage, Bedeutung der Bewegung auf einen Bericht einzuarbeiten, der den allgemeinen Beurteilungen des Ausschusses zugrunde gelegt werden soll. Da verchiedene der erwähnten Punkte nicht nur interner Natur sondern für die ganze weitere Wirkksamkeit des ZGB von größter Bedeutung sind, sollen zur nächsten Ausschusssitzung, die vom 17. bis 20. Januar in Berlin stattfindet, auch die Berufsschäftsstellen herangezogen werden d. h. es wird mit dieser Tagung die vom Pariser Kongress beschlossene gemeinsame Fortschreibung der Berufsschäftsstellen und des ZGB verbunden.

Außerdem den bereits erwähnten Fragen beschäftigt sich der Vorstand u. a. noch mit folgenden Punkten: Bericht über den englischen Gewerkschaftscongres, Beitragsermäßigungs-Gesetz, Unterstützung der Bewegung in rückständigen Ländern, internationales Jugendbildungprogramm usw.

Die nächste Vorstandssitzung wird am 7. und 8. November stattfinden.

## Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband.

Nach dem Rückgang der staatlich unterstützten Erwerbslosen zu arbeiten, hat die allgemeine Arbeitslosigkeit auch im Monat August eine weitere Abnahme erfahren. Die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes seit Januar 1927 tritt in nachfolgender Übersicht deutlich in Erscheinung:

Ende	Zahl der Erwerbslosen unterstützten der neuen Erwerbslosen unterstützten		Insgesamt		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.
Jänner 1927	1 827 200	188 164	1 965 364		
Februar 1927	1 695 515	192 801	1 888 316		
März 1927	1 521 450	223 357	1 844 507		
April 1927	870 373	234 104	1 104 477		
Mai 1927	645 866	226 011	871 817		
Juni 1927	547 703	208 426	759 129		
Juli 1927	452 007	181 877	633 874		
16. August	420 961	156 478	568 837		
Ende Au. mit.	404 000	?	?		

In der letzten Augusthälfte hat sich die Zahl der staatlich unterstützten Erwerbslosen um 4 Proz. verringert. Dieser Rückgang wird insbesondere auf die Anforderungen der Landwirtschaft, die die Vergung der Ernte zurückführt. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften für Erntearbeiten würde sich vielleicht noch schwächer auf dem Arbeitsmarkt auswirken, wenn nicht die Landwirtschaft in manchen Gegenden Unterstützung erfahren hätte durch Überweitung von Arbeitskräften von der Reichswehr und den gewerblichen Unternehmungen.

Über die Zahl der Arbeitslosen, die weder staatliche Erwerbslosenunterstützung erhalten, noch von der Krisensorge unterstützt werden, liegen genaue Angaben nicht vor. Die Schätzungen über die Höhe der nicht unterstützten Arbeitslosen gehen sehr weit auseinander. Das Institut für Konjunkturfrorschung schätzt die sonstigen Arbeitslosen, also die nicht unterstützten, auf etwa 10 Proz. der Unterstützungsempfänger. Nach starker Schäbung im Hamburger "Wirtschaftsdienst" soll die Zahl der nicht unterstützten Arbeitslosen etwa zwei Drittel der Zahl der staatlich unterstützten Erwerbslosen betragen. Wir glauben, daß einer Überreibung schadig zu machen, wenn wir die Gesamtzahl der Erwerbslosen immer noch auf 2 Millionen wägen. Angenommen, die vier verhältnismäßig großen Arbeitslosenzahlen ist es eine sehr große Größe, wenn das Reichsarbeitsministerium davon geht, die Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung für bestimmte Industrien zu fixieren. Auf Grund eines Entlasses des Reichsarbeitsministeriums werden die obersten Landesbehörden angehalten nachzuprüfen, ob die Lage des Arbeitsmarktes in der Baustoffherstellung und Industrie es angezeigt erscheinen lasse, die Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen herabzusetzen. Aber auch in diesem Industriezweige ist die Arbeitsmarktlage keineswegs überall günstig. So sind z. B. im Bezirk Frankfurt am Main und im linken Rheinlande in der Gruppe "Porzellan und Baustoffherstellung" immer noch über 10 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos.

Rück der Arbeitsmarktsituat unseres Verbandes für Ende August bzw. Anfang September ist gegenüber dem Vormonat kein weiterer Rückgang der Arbeitslosenzahlen eingetreten. Es ist wahrscheinlich, daß in diesem Jahre der Arbeitsmarkt für unsere Verbandsmitglieder die günstigste Gestaltung erlangt hat.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes für Anfang September erschöpfte 296 110 Mitglieder oder circa 94 Proz. der Gesamtmitgliedschaft. Davon waren als arbeitslos insgesamt 20 277 Mitglieder gemeldet, verteilzt arbeiteten 10 298 Mitglieder. Von je 100 Deutschen waren arbeitslos 5,4, verteilzt arbeiteten 2,5. Die entsprechenden Verhältniszahlen für den Vormonat waren ebenfalls 5,1 bzw. 2,5. Die Mit-

gliederzahlen zeigen auch im letzten Monat eine erfreuliche Aufwärtbewegung an. Wie sich der Beschäftigungsgrad in den beiden letzten Monaten in den einzelnen Industriegruppen gestaltet, zeigt folgende Aufstellung:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	Ende Juli			Ende August		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
In der Industriegruppe:						
Chemie	6,0	7,0	6,2	5,1	6,9	5,6
Papier	2,9	4,3	3,2	2,8	3,5	2,5
Nahrung- u. Genussmittel	8,5	12,6	9,6	8,7	13,2	8,4
Spielwaren und						
Kleidung	8,6	9,4	8,9	9,5	7,7	8,8
Sonstige Industrien	10,5	7,3	9,5	9,7	6,5	8,7
Gesamtbund insgesamt	8,8	4,1	8,8	4,0	4,1	4,1
a) Porzellan	8,9	8,6	8,8	4,4	8,6	4,1
b) Glas	6,4	6,7	6,7	6,8	5,8	6,1
c) Keramik und						
Baustoffe	2,6	3,8	2,7	2,7	4,4	2,8

Von je 100 Mitgliedern arbeiten verkürzt:

Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	Ende Juli			Ende August		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
In der Industriegruppe:						
Chemie	2,0	8,9	2,5	2,8	7,1	2,8
Papier	1,0	0,9	1,0	1,8	1,5	1,7
Nahrung- u. Genussmittel	4,6	5,3	4,8	1,8	3,1	2,1
Spielwaren und						
Kleidung	2,1	8,2	3,7	2,1	9,8	5,2
Sonstige Industrien	0,4	0,8	0,6	0,6	2,1	1,1
Gesamtbund insgesamt	2,8	2,7	2,8	2,1	3,0	2,8
a) Porzellan	7,8	4,6	6,6	8,3	4,8	5,7
b) Glas	1,6	0,6	1,6	2,0	1,8	2,0
c) Keramik und						
Baustoffe	1,5	0,7	1,4	0,6	0,2	0,5

Von den einzelnen Industrien unseres Verbandsgebietes zeigt die Papierindustrie den günstigsten Stand. In der Papierindustrie waren nur 2,5 arbeitslos gegenüber 3,2 im Vormonat. In der Gruppe "Porzellan und Glas" stiegen die Verhältniszahlen von 2,7 auf 2,8 Proz. Auch die Gruppen Porzellan und Glas weisen eine geringfügige Steigerung der Arbeitslosigkeit auf, während für alle übrigen Gruppen eine geringe Verbesserung festgestellt wurde. Die Kurzarbeit hat in den meisten Gruppen eine Steigerung erfahren, mit Ausnahme der Gruppen Nahrungsmittel, Porzellan und Glas. Die Steigerung in der Chemie in der Gruppe Industrie von 2,5 auf 3,8 Proz. dürfte wohl in der Hauptstädte auf die jahreszeitmäßige Stille in der Chemieindustrie zurückzuführen sein.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit finden wir das günstigste Verhältnis in den Bezirken Brandenburg einschließlich Berlin mit 2,4 Proz. in Sachsen-Anhalt mit 2,2, in Württemberg mit 2,1, im Großherzogtum Sachsen-Coburg und Gotha mit 2,0 Proz., am ungünstigsten im Bezirk Frankfurt a. M. mit 9,7, in Hessen-Nassau 8,5, in der Pfalz 8,5, in Westfalen 7,5 Proz. der Verbandsmitglieder.

## Konferenz der Weißglasarbeiter Westdeutschlands.

Am 18. September tagte in Hannover eine Konferenz der obengenannten Arbeiter, zu der von 18 Betrieben Vertreter anwesend waren, die 20 Betriebe vertreten. Den Anlaß zu dieser Konferenz geben die außerordentlich unterschiedlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in der westdeutschen Gruppe vorhanden sind. Kollege Hoffmann, Düsseldorf, hatte es übernommen, die Verhältnisse zu schildern, während Kollege Gründer in der Frage drückt, ob es nicht richtig sei, durch den Versuch einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarates für die Weißglasindustrie, auch Ordnung in den westdeutschen Betrieben hereinzu bringen.

Die große Rissenheit der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat folgende Ursache: Es ist bekannt, daß in der Weißglasindustrie bis zum 1. April dieses Jahres nur noch Gruppenverträge zu verzeichnen waren. Durch die Verhandlungen der einzelnen Gruppen waren die Verhältnisse im Lohn und in den Arbeitsbedingungen immer unübersichtlicher mit der Zeit geworden. Wie schwer es war, diese Verschiedenheiten durch den Reichstarat zu beseitigen, ist in früheren Aufsätzen im Vereinischen Bund bereits geschildert worden. War die Rissenheit im Reiche also groß, so war doch immerhin noch in den einzelnen Gruppen Einheitlichkeit durch Tarifverträge gegeben. Ganz anders liegen dagegen die Verhältnisse in Westdeutschland, in der ehemaligen Gruppe VII des Schuhverbandes Deutscher Schuhfabriken.

Nach dem Auseinanderfallen des im Jahre 1920 abgeschlossenen und im gleichen Jahre abgelaufenen Reichstaristvertrages traten die westdeutschen Weißglasbetriebe aus dem Schuhverband aus. Die Gründe liegen nicht so klar zutage, daß wir mit Bestimmtheit darüber schreiben können. jedenfalls gründeten die dortigen Firmen sich einen eigenen Verband, der aber auch nicht langen Bestand hatte. Es wähnte nur kurze Zeit und wir fanden dann drei verschiedene Unternehmerorganisationen vor. Die Herren konnten sich nicht zu einer bezirkslichen Einheit durchsetzen, und auch die dann in kleineren Bezirken geschaffene Einheitlichkeit war den Unternehmern ein Dorn im Auge, und so lösten sich dann später auch diese losen Vereinigungen wieder auf. Damit war ein Tarifkontrahent nicht mehr vorhanden, und nunmehr mußten auf den einzelnen Betrieben die Verhandlungen über die Lohngestaltung und die Arbeitsbedingungen geführt werden.

Doch unter solchen Umständen die Abschlüsse ganz verschiedenartig waren, ist zu begreifen.

Alle Versuche des Kollegen Hoffmann, als zuständiger Gauleiter doch eine gewisse Einheitlichkeit zu erzielen scheiterten, und so zeigen die Bedingungen, unter denen unsere Kollegen dort arbeiten müssen, ein außerordentlich buntes Bild.

Mit dem Inkrafttreten des Reichstaristvertrages und der Schaffung der Bezirkshauptstellen in den Gruppen I-VI tauchten in der Kollegenschaft der Gruppe VII Diskussionen auf, die sich in einer Regelung der westdeutschen Arbeitsverhältnisse befanden. Die Meinungen der einzelnen Ortsgruppen waren nicht einheitlich. Führend für die reichstaristischen Bestimmungen im wesentlichen einen Vorteil bedeuteten würden, waren auch Betriebe vorhanden, wo es den Kollegen gelungen war, in einzelnen Punkten bessere Verträge abzuschließen. Eine einzige Stellungnahme in der wichtigen Frage der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstaristvertrages herbeizuführen, war der Zweck der Konferenz.

In der Aussprache zu den beiden Meßregeln zeigte es sich, daß ein solidarischer Geist innerhalb der Kollegenschaft in starkem Maße vorhanden ist. Es ist zu verstehen, daß die Vertreter der Firmen, in denen die Kollegen bei einer Anwendung des Reichstaristvertrages in einigen Punkten Verschlechterungen erfahren würden, sich gegen diese Übernahme sträubten. Aber ganz deutlich kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne, wenn nicht für die Zukunft jede Möglichkeit einer Vereinheitlichung verwandt werden soll. Gewiß wäre es den Kollegen lieber gewesen, wenn sie auf bezirkslicher Grundlage erst einmal hätten versuchen können, ihre Verhältnisse zu regeln. Aber es liegt nicht in der Macht unserer Kollegen, die auseinandergerissenen Industriellen einen Tisch zu bringen, und so ist es nur auf dem Wege der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstaristvertrages möglich, wenigstens einheitliche Arbeitsbedingungen und damit auch den Weg zu künftiger bezirkslicher Lohnregelung zu schaffen.

Die vorgenommene Abstimmung ergab 15 Stimmen für den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit, 2 Stimmen dagegen und 1 Stimme Enthaltung. Die Kollegen haben also mit großer Majorität ausgesprochen, daß sie den festen Willen haben, mit den übrigen Weißglasarbeitern wieder in einen großen Tarif zusammenzukommen. Erfreulich war, daß auch die beiden Kollegen, die anderer Meinung waren, grundsätzlich die Aussicht vertraten, daß es besser wäre, wenn für die Zukunft ein alle Weißglasarbeiter umfassender Tarif vorhanden wäre. Wenn die Kollegen ihre Stimme in anderer Richtung abgaben, so nur aus dem Grunde, weil sie sich nicht für berechtigt hielten, entgegen dem Besluß ihrer Arbeitskollegen zu stimmen.

Der Antrag ist an die Reichsarbeitsverwaltung abgegangen. Es werden mehrere Wochen vergehen, ehe mit der Erfüllung unseres Wunsches gerechnet werden kann. Die westdeutschen Unternehmer werden alles ausspielen, um die Allgemeinverbindlichkeit abzuwehren. Die größte Zahl von ihnen wird sich in den Gedanken nicht hineinversetzen können, daß sie auf dem Umweg über den Tarifvertrag wieder in eine Linie mit dem Schuhverband Deutscher Glassäulen gebracht werden sollen. Sie, die einst geplänt haben, durch die Verschließung ihrer Organisation und die damit verbundene Tarifunfähigkeit im Bezirk,

durch die Fabrikanten lebe ich die schmückigen Kerle an den Prachteln. Dieser widerliche Anblick, bitte . . . die schweizigen Arbeitstiere," zetze der alte Salontiegel.

Schweizige Kerle? Du spottest deiner Erzeuger, schäm dich," gab es die Uhr dem Hochläufigen.

Aber ich bin nur an den Anblick der edlen, reichen Menschen gewohnt. Das sind die wirklichen Träger der Welt. Von ihrem Reichtum wird geschaffen . . ." protestiert der probende Salontiegel.

Hört du über uns die Dachdeder schaffen, daß uns kein Regen naht?" mahnt die Uhr.

Gefindelt!" knurrt der Spiegel.

In diesem Augenblick löst sich ein morscher Ziegel, rastet . . .

Da der hochläufige liegt zertrümmert in tausend Scherben am Boden.

### 2. Das gläserne Himmelreich.

Sonnenwirtin stellt eines jener runden Liegenjäger, glie, hinter auf den Tisch, gibt Z

sich lieber unabhängig von der Arbeiterorganisation zu machen, die vielleicht angenommen hatten, daß sie an Stelle des kollektiven Arbeitsvertrages wieder den Einzelarbeitsvertrag setzen können, werden von unserem Vorgehen nicht erwartet sein. Alle Minen wird man springen lassen, um die Einrangerung in den großen Rahmen zu vermeiden.

Aber im Gegensatz zu jenen wird es auch andere geben, die überzeugt sind, daß es wichtiger ist, in einer von der kommenden Mechanisierung bedrohten Industrie eineheitliche Arbeitsverhältnisse zu haben. Wenn die Zahl der so Denkenden die anderen überwiegt, werden unsere Bemühungen erleichtert. Noch wagen wir darauf aber nicht zu hoffen, und so werden wir uns auf ein hartnäckiges Wehr einrichten müssen.

Schwierigkeiten werden uns aber nicht entwischen, sondern sie werden uns veranlassen, erst recht und mit allem Nachdruck unseren Standpunkt zu vertreten. Wir werden uns auch darauf einrichten müssen, daß, wenn der gesetzliche Weg verfolgt, wir auf dem Wege des Kampfes unser Ziel erreichen müssen. In dieser Bewegung darf es keinen Stillstand mehr geben. Die Delegierten, die auf der Konferenz vertreten waren, müssen den Gedanken der Einheitlichkeit mit ihren Arbeitsbrüdern in den anderen Gruppen mit aller Kraft vertreten. Die Frage darf nicht mehr ruhen, nachdem die Konferenz sich mit überwältigender Majorität dafür entschieden hat. Wir können heut noch nicht sagen, ob es notwendig sein wird, Kampfesmaßnahmen zu ergründen, aber rechnen müssen wir damit. Deshalb ist es notwendig, die noch unorganisierten Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam zu machen, was ihnen droht, wenn es zu kämpfen kommen sollte. Sie restlos der Organisation anzuführen, ist unsere Aufgabe. Dabei müssen sich alle Organisierten zur Verfügung stellen. War es uns möglich, für sechs Bezirke im Kreise einen einheitlichen Tarifvertrag zu schaffen, dann muß das auch für die 20 Betriebe in Westdeutschland möglich sein. Die Organisation hat den festen Willen dazu, sie wird ihre Pflicht erfüllen. Die Kollegen müssen mithelfen, indem sie eine tüchtige Organisation auf jenen Betrieben schaffen.

### Noch nicht beendet.

Der Streit der Glasschleifer, Silberbeleger und Hilfsarbeiter kommt unverändert fort. Der Kampf geht um den Abschluss eines Tarifvertrages, der nicht mehr bestreiten noch weniger enthält als die bisher getätigten Tarifverträge, die sich als gut und tragbar, ja als vorteilhaft für den Verlust erwiesen haben. Die Hamburger Unternehmer mögen sich darüber klar sein, daß dieser Kampf, und dabei bleibt sich gleich, wie er ausfällt, für sie einen unvermeidlichen Schaden bringen wird. Die Glasherstellungsbetriebe Hamburgs ist gefährdet. Schild tragen die Unternehmer, die nichts vorlassen, um die Betriebe leistungsfähiger zu gestalten, um konkurrenzfähig gegenüber den auswärtigen Betrieben zu bleiben. Die organisierten Glasarbeiter Hamburgs sind sich der Schwere dieses Kampfes bewußt, aber sie werden ihn kämpfen in dem Bewußtsein, daß hinter ihnen die organisierten Glasarbeiter Deutschlands resp. die organisierte Arbeiterschaft steht. Anzeichen, daß die Unternehmer das Auge ihres Startruns selbst einzusehen beginnen, sind vorhanden, aber keiner bringt den Mut auf, sich von der Fessel des Großhandelsverbandes und der Fesselung des Herrn Dr. Oppenheimer zu befreien. Einen vernünftigen Vorschlag mache die Firma Rieutin & Hahn. Sie empfahl, "doch endlich abzubauen". Das ist insofern auch geschehen, als die dortigen Arbeitsschichten nach erhaltenner Ausklärung von uns die gesetzliche Stätte sofort verlassen haben. Neue Firmen sind zu den bestreiten nicht hinzugedrungen; der Streit ist fast allgemein bis auf die Firma K. C. S. Ltd., Hamburg, Rödingsmarkt, und Hestenthal & Co., Hamburg, Altonaer Bürgerstraße. Die Streitenden sind gewillt, den Kampf zum siegreichen Ende zu führen. Nun zu den untenstehenden Betrieben, überhaupt nach Hamburg, ist fernzuhalten. Nachfolgend die bestreiten Betriebe: Gebr. Kuball, Hamburg, Breitestr. 12/14; Riening & Hahn, Hamburg, Schulweg 22/24; Christian Wiedmann, Hamburg, Gassmannstraße 1/5; A. Meitzen & Co., Hamburg, Alter Steinweg 21; W. Gress, Hamburg, Pilatuspool 11; Ch. Bödeker, Inh. Dr. K. H. Hahn, Hamburg, Jubiläumsweg 54, 1. Stock; A. Hohnholz, Altona, Große Freiheit 28; Spiegelfabrik "Groß-Hamburg"; Franz Hölzer, Große Gärtnerstr. 96/100.

### Aus dem Saarberg

Vor einiger Zeit wußten wir uns an dieser Stelle schon mit den Zuständen in der Rohglasfertigung der Gebr. Rieutin & Hahn in Oberhausen beschäftigen. Trotz der damals geschilderten unhaltbaren Zustände bessern sich die Verhältnisse nicht. Die Firmeninhaber stellen mit Absicht oder aus Unkenntnis im Fache gern unorganisierte Arbeiter ein, die keine Pflichtung von den Arbeitern in Rohglasfertigkeiten besitzen. So wurde vor einiger Zeit ein Gipsarbeiter eingestellt, der den einen Werksbesitzer ablöste in dieser Arbeit. Hatten unter den geleisteten Arbeiten als Gipsarbeiter des Werksbesitzers schon die Besitzer ungemein zu leiden, so übertraten diese die Arbeiten des eingestellten Unorganisierten jedoch alle Erwartungen. Ein Stück Arbeit konnte mehr richtig geleistet werden. Trotzdem nehm sich dieser unorganisierte Gipsarbeiter nach langer Zeit heraus, die Arbeiten der geleserten Leute zu trüben und möchte den Werksbesitzer, Herrn Rieutin, angeblich auf geleistete Fehlerarbeit aufmerksam. Für den Arbeiter wäre es besser gewesen, sich erst einmal zu organisieren, damit ihm dann wenigstens die organisierten, langjährig erfahrenen Arbeiter in seiner Arbeit unterstützen könnten. So werden sie es sein lassen, und wird die Firma über kurz oder lang einsehen müssen, daß mit derartigen Arbeitern der Betrieb bald zugrunde gerichtet ist. Trotz seiner minderwertigen Arbeitsleistung wird dieser Arbeiter noch besonders von der Firma bevorzugt. Als Rediger erhält er für seine Betstellte eine Wohnung mit zwei Zimmern, währenddem einem im gleichen Werk beschäftigten organisierten Polierer mit einer Familie von drei Kindern nur ein Zimmer zur Verfügung gestellt wird. Hieraus kann deutlich die soziale Einstellung der Werksbesitzer erkennen. Wir werden uns jedoch bald einmal beschwerdeführend an das zuständige Wohnungsamt wenden müssen.

Der Betrieb muß auch baldst einmal einer gründlichen Renovierung unterzogen werden. Als fürstlich ein Arbeiter den Werksinhaber darum aufmerksam machte, daß ein Balken bald von der Decke herunterfallen, da wurde ihm folgende Antwort zuteil: "Der Balken wird sich im Herunterfallen schon spießen und hängen bleiben." Diese Neuerung stuzziert deutlich, wie besorgt der Werksbesitzer um das Wohl der Gesundheit seiner Arbeiter ist. Wir warnen noch einmal dringend die Werksbesitzer und erwarten, daß sie sich baldst mit ihrer organisierten Arbeiterschaft auf anderen Grundlagen verständigen als dies bislang der Fall war, anderenfalls mit allen zu Bekämpfenden gewebe: "natürlichen Mitteln für Abhilfe gesorgt wird."

### Glasarbeiter, beachtet!

Berlin. Die Bleikristallschleifer in Berlin stehen in einer Rohhubbewegung. Dieser Umstand bedingt, Zugang fernzuhalten! Dann ist es wieder einmal angebracht, die Kollegenfamilie zu warnen, sich nicht immer wieder durch alte möglichen schönen Versprechungen nach Berlin locken zu lassen. In Berlin sind die Lebensverhältnisse für Schleifer sehr ungünstig. Warum tun die Bleikristallschleifer am besten, sie meiden Berlin.

Brand-Erbisdorf. Die Sachsenische Glashütte, G. m. b. H. Brand-Erbisdorf, sucht geübte Schleißer für ihre Bleikristallglasschleiferei in den "Dresdener Neuesten Nachrichten". Wir bitten die Kollegen, derartige Arbeitsangebote recht vorichtig zu nehmen. Alle Anfragen sind nach wie vor an den Arbeitsnachweis der Behörde Freiberg i. Sa., Prüferstr. 8, zu richten.

**Cöpenick.** In der Marienhütte in Cöpenick sind die Differenzen wegen der plötzlichen Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden noch nicht beigelegt, deshalb sind Arbeitsangebote an die Firma zu unterlassen. In allen Orten ist darauf hinzuweisen: Nicht Solidarität!

**Salau.** Die Differenzen bei der Firma G. Klein & Paul sind durch Verhandlungen erledigt.

Wenn auch die Differenzen erledigt sind, so bestehen jedoch in der Auslegung der Tarife Weiningverschiedenheiten. Die Glasarbeiterfamilie ist nicht betroffen.

### „Die führende Marke“.

Allgemein besteht die Aussicht, staatliche Betriebe müßten in sozialer und tariflicher Hinsicht vorbildlich sein, und neuerdings macht sich das Bestreben bemerkbar, sie auch in geschäftlicher Beziehung vorwärts zu bringen und neuzeitlich umzustellen. Daß die Dinge nicht so liegen, haben wir bei der Staatslichen Porzellanmanufaktur in Berlin feststellen müssen. In unseren Räumen 37 und 39 brachten wir bereits eine Anzahl Tatsachen, aus denen hervorgeht, daß nicht nur soziale und tarifliche Vereinbarungen vorkamen, sondern daß bewußt die reichsstädtischen Bestimmungen umgangen und das Schiedsgericht einfach missachtet werden. Eine derart brutale, ignorierende, herausfordernde, animierende Haltung nimmt nicht einmal der herrischstüchtigste Privatunternehmer im dübstarken Provinzwinkel ein. Der Leiter der Staatslichen Porzellanmanufaktur, Dr. Mönkau, aber kann sich diese Stellungnahme leisten. Er tut sogar noch mehr. Anstatt mit der geleglichen Betriebsvertretung aufzuhändige Schwierigkeiten zu beseitigen, legt er ein Benehmen an den Tag, das nicht nur aufreizt, sondern konfliktverhörend wirkt. Wenn die Arbeiter nicht so überlegend wären, hätte es unbedingt schon zu tätlichen Angriffen führen müssen, so anmaßend benimmt sich der Direktor der Staatslichen Manufaktur bei Anlässen, die das Interesse des Betriebes betreffen.

Wir einfache mit Vernunft begabte Menschen ist es ganzverständlich — für Geschäftsmänner wohl noch andenkbar — wie geschäftliche Nachlässigkeiten möglich sein können, wie die folgenden: Wehr als einmal bestellten Kunden bestimmte Sachen dringend eilig. Die Ware stand auf Lager. Die Bestellungen blieben trotzdem Wochenlang liegen, bis die Kunden mahnten. Nur die Abnahme würden die Gegenstände jedoch nicht abgewünscht, sondern erst die Nachricht gegeben, die Bestellung sei noch nicht komplett, der Auftraggeber möge sich noch ein bisschen gedulden. Wieder vergingen Wochen. Inzwischen wurde von der ersten Bestellung Ware zu einer später eingelieferten weggenommen und so der erste Auftrag wieder für Wochen unverhandbar gemacht, weil nun tatsächlich einzelne neue Stücke neu angesetzt werden mußten. Auf diese Weise mussten Kunden monatelang auf Erfüllung ihrer Bestellung warten, und nicht selten geschah es, daß sie überhaupt darauf verzichteten.

Das war auch in der Zeit so, als die Staatliche Porzellan-

manufaktur wegen Mangel an Aufträgen keine entließ.

Man darf nicht etwa denken, ob den Porzellanmünzen seien die Arbeiter oder Angestellten schuld, und der hohe Direktor wisse nichts davon. Bewahre! Das ist System. Die Kunden werden genau so mißachtend und neuwesend behandelt, wie es gegenüber den Arbeitern, den Betriebsräten, den Gewerkschaftsvertretern, dem Reichsarbeitsministerium gleich ist.

Wie die Kunden uns Licht gegeben haben, haben wir bereits in der vorigen Nummer zum Ausdruck gebracht. Die Kunden dafür sind schwarz am Werk vorhanden.

Auch auf einem anderen Gebiet wird noch schwer gefündigt. Wir nehmen jedoch an, daß sich der Landtag mit der einzartigen Leitung der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin beschäftigen wird. Vom Landtag kann ja den noch nicht behandelten Dingen Beachtung geschenkt werden.

Wir wissen, der Staatlichen Porzellanmanufaktur ist mit den Veröffentlichungen nicht zufrieden, aber man darf nicht vergessen, daß wir uns mitzuhilflich fühlen müßten, wenn die geschilderten Handlungen und Unterlassungen der Leitung trotz versprochener Abhilfe explosive Konflikte auslösen würden, die schließlich noch größere Schäden nach sich ziehen könnten. Ein staatlicher Betrieb darf nicht so gelebt werden. Er muß den Arbeitern und den Kunden in allen Fällen gerecht werden.

Was tut denn alter Käuflein künstlerischer Art, wenn der geschäftliche Schnüppchen durch das getrennte Gebüren unterhöhlt, wenn Konfliktszüsse direkt geübt werden?

Bei einem Direktor, der trotz Verprechen und Gelöbnis auf Verbesserung so handelt wie Dr. Mönkau, müssen auch Zweifel über seine geplante künstlerische Ausbautätigkeit auftauchen. Wir können uns gar nicht vorstellen, daß der Benannte bei Anwendung derartiger Methoden nach der künstlerischen Seite hin Erfolg haben sollte.

Mit der Staatlichen Porzellanmanufaktur müßte es bestmöglich sein, wenn alle Möglichkeiten zur gemeinsamen Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und geschäftlichen Dingen auszunutzen, werden die Arbeitnehmer der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Dr. Mönkau, ernstlich nahegelegt wird, wie er sich in tariflicher, sozialer und geschäftlicher Beziehung gegenüber den Arbeitern, Angestellten, Gewerkschaftsvertretern und Kunden zu verhalten und daß er gegebenen Versprechen zu halten hat. Es ist bedauerlich, daß Dr. Mönkau auf diese Weise zur Einsicht gebracht werden muß. Wenn er sich etwa in die höchsten künstlerischen Realitäten versetzen sollte — bei 60.000 RM jährlich Bruttoeinkommen und sonstigen Einnahmen ist so etwas denkbar — so hat die preußische Staatsregierung die Pflicht, Dr. Mönkau in die Wirtschaftlichkeit herunterzuholen, damit er wieder sieht, was in seinem Betrieb vorgeht. Sie muß das schon deshalb tun, damit ihr als republikanische Regierung nicht Taten von Leuten an die Öffentlichkeit gehängt werden, die man sonst den schlimmsten Reaktionären nicht zutrauen würde. Sie muß das soviel energisch tun, sonst bricht sich die Vernunft nicht Bahn. Am Direktor hängt nämlich eine Clique und ihr System.

### Bemühungen um die Porzellanindustrie.

Die deutsche Porzellanindustrie hat immer nach unter den Auswirkungen des Weltkrieges zu leiden, der den Verlust des Marktes brachte und die Eigenproduktion von Porzellan in anderen Ländern ermöglichte. Wie allein der deutsche Markt auf dem Porzellankonkurrenz während des Weltkrieges Japan zuwandte, zeigt die Eroberung des nordamerikanischen Marktes, wohin die Japaner im Jahre 1926 für 17,6 Millionen Dollar Porzellan lieferen, demgegenüber Deutschland nur für etwas über 6 Millionen Dollar. Dabei muß man berücksichtigen, daß Deutschland im Jahre 1913 der Hauptlieferant nach den Vereinigten Staaten war. Wohl steigerte sich die Porzellanausfuhr in den Nachkriegsjahren von Jahr zu Jahr, und erreichte bei verschiedenen Positionen bereits höhere Mengen als ehemals, aber die Japaner sind nicht zu verdrängen. Diele sind auch geschickt und wissen sich viel schneller den Erfordernissen des Auslandsmarktes anzupassen. Drum ist es töricht, sich auf die soziale Haut zu legen und zu glauben: Deutschland in der Welt voran. Die deutschen Porzellanfabrikanten müssen in den letzten Jahren wahnehmen, daß ihnen andere in manchen Dingen voraus sind und geben sich nun Mühe zu folgen. Aber es will nicht immer gelingen, weil sie ihren Blick weniger nach der geschäftlichen als nach der politischen und sozialen Seite lenken. Nach der sozialen Seite hin richteten sie eine Organisation mit einer Anzahl Angestellten an, und was taten sie nach der geschäftlichen Seite für soziale Schritte zur Förderung der Industrie? — Nicht viel.

Die Not zwang sie, wohl einige Beschlüsse zu fassen, ob damit nun noch etwas zur Minderung der Schwierigkeiten erreicht werden kann, ist fraglich.

Gegenwärtig sind die Dinge auch nicht mehr so brennlich. Die Porzellanfachfabriken und die für Dokumentationsarbeiten haben Hochkonjunktur. Sie arbeiten mit Hochdruck und könnten teilweise noch Arbeitskräfte gebrauchen, wenn sie welche benötigen. Nur in den Fabriken der Thüringer Zier- und Luxusbranche geht das Geschäft schlecht. Bei denen ist's übrigens sowohl, daß sie neuerdings die Heimindustrie wieder einführen und damit zu erkennen geben, wie weit sie industriell zurückgeblieben sind.

Der Stand der Porzellanindustrie in den letzten Jahren gab Anlaß zu allerlei Reformvorschlägen, die schon in Tageszeitungen und in der Fachpresse veröffentlicht wurden. Neuerdings wurde im Sprechsaal wieder das Gesundungs- und Konsolidierungsthema der Porzellanindustrie behandelt. Die dort gemachten Vorschläge gipfelten darin, den Inlandskonsum zu steigern, den Export zu fördern und die Verkaufsorganisation auszubauen, sowie mehr Propaganda zu machen. Die Porzellanfabrikanten machen jedoch schon nach dieser Richtung Verküsse. Nur merkt man davon wenig.

Den Inlandskonsum zu steigern, liegt ja auch nicht in der Macht der Porzellanfabrikanten, denn die Steigerung ist abhängig vom Einkommen der Arbeitenden. deren Lage hat sich jedoch in der letzten Zeit nicht gebessert, weil die Verkürzung der Lebenshaltung mehr verschlungen, als die geringen Lohnhöhungen ausmachten. Deshalb werden die Porzellanfabrikanten trotz aller Propaganda mit einer Verschlechterung des Inlandsabsatzes rechnen müssen.

Die Förderung des Exports ist auch nicht so leicht zu erreichen. Es fehlen dazu einige Voraussetzungen. Einmal sind die Organisationen nicht vorhanden, die unbedingt da sein müssen. Dann fehlt das einheitliche Handeln der Porzellanfabrikanten auf diesem Gebiet, da der Konkurrenzneid zu stark ist. Eine Firma handelt im Auslandsabsatz auf eigene Faust. Die kleinen können nichts unternehmen und die paar Konzerne sind erst in jüngster Zeit dazu gekommen, sich organisatorische Stützpunkte im Auslande zu schaffen. Eine Staatssubventionierung wäre unter derart verzerrten Verhältnissen nach ungünstigen Auswirkung in der Porzellanindustrie icheln.

Gegenwärtig steht es mit den Porzellanindustrien noch so, daß sie noch nicht gelernt haben, aus sich herausgemeinsam die geschäftlichen Förderung ihrer Industrie zu kommen. Von der geprägten Kollektivtreibame ist in der allgemeinen Preisentlastung noch nichts zu merken. Oder werden nur einige wenige Kreise von ihr berücksichtigt? Der Porzellanabsatz wirkt auch nicht als etwas Individuelle-Springendes, als etwas Reklamehaftes, als etwas Zum-Kauf-Bereitendes. Es hat den Anschein, als ob viele Porzellanfabrikanten keinen großen Anteil an der Reklamefahrt haben. Auch sonst scheint noch sehr viel Neid und Missgunst unter den Fabrikanten zu herrschen. Dieser Umstand muß ja lämmend wirken und die Freuden zertrümmern. Dabei gibt es genug gemeinsame Gebiete, auf denen Zusammenarbeit zugunsten der Porzellanindustrie möglich wäre, und es bliebe trotzdem noch genug Raum zur eigenen Initiative, ohne mit dem geschäftlichen Gemeinschaftstreben in Konflikt zu geraten. Auf der Industriemontage in Frankfurt a. Main haben die Repräsentanten ja bestanden, wo es in der Wirtschaft Mängel gibt, drum sollten die Porzellanindustrien eifrig nachlesen und nach den Anregungen handeln. Einige Punkte sind direkt für die Porzellanindustriellen behandelt worden; denn Dr. Müller, Leerlingenhausen, sprach so, als hätte er die Porzellanindustrie anmahnen.

Wenn die Porzellanindustrien nicht selbst dazu kommen, alle Möglichkeiten zur gemeinsamen Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und geschäftlichen Dingen auszunutzen, werden die Arbeitnehmer hierin antreiben, und wenn sich ein Fabrikant erdreistet, zu sagen, daß gehe dem Betriebsrat nichts an, so muß ihm klar gemacht werden, daß er auf einem verkehrten Posten steht. Die Wirtschaft ist keine Privatangelegenheit des Fabrikanten mehr, sondern eine Angelegenheit der Allgemeinheit. Auf keinen Fall darf die organisierte Arbeiterschaft dulden, daß ihre Fabrikanten sie für die Nachlässigkeit büßen läßt. Nicht in den Betrieben Überredungskünsten unterliegen und sich breitschlagen lassen, aus Konkurrenzrücksichten billiger zu arbeiten. Das hieße die Sammeligkeit der tragen Unternehmer unterstützen. Im Gegenteil, für strikte Durchführung der tariflichen Bestimmungen zu einkaufen, Höchstleistungen nicht zu Mindertöchtern verrichten, sondern dafür Sorge tragen, daß wenigstens auf diese Weise die Fabrikanten zur Förderung unserer Porzellanindustrie gezwungen werden.

Einmal drängen, schieben, anregen, Betriebsräte, damit ist der Porzellanindustrie am besten gedielt.

### Konjunkturmerkmale.

In der außerordentlichen Generalversammlung der AGG am 19. September ging der Vorsitzende des Direktoriums, Geheimrat Dr. Deutscher, auf die gegenwärtige Wirtschaftslage ein. Er glaubt, daß die fortschreitende Elektrifizierung eine günstige Entwicklung der deutschen Industrie auf lange Sicht erwarten läßt. Voraussetzung für längere Konjunkturperioden und eine stabile Entwicklung sei ein breiter durch entsprechende Spar- und Kaufkraft geprägter Binnenmarkt. Entwicklungs möglichkeiten der Ausfuhr und eine Kapitalversorgung, die möglichst unabdingbar von zeitweiliger Vereinigung dem Wachstum und den Erfordernissen gerecht wird. Herr Dr. Deutscher, in ferter der Meinung, daß der schnellwachsende Elektrizitätsbedarf der Welt und auf der anderen Seite Deutschlands Wirtschaft im Bunde mit der Wissenschaft der deutschen Elektrizitätsindustrie eine aussichtsreiche Zukunft gibt. Was die Beschäftigung der AGG selbst anbelangt, so wird bekanntgegeben, daß der Eingang der Belegschaft 70 Proz. über dem des Vorjahrs liegt. Nach diesen Ausführungen eines maßgebenden Mannes der Elektrizitätsindustrie zu urteilen, wird die elektrotechnische Industrie auf Jahre hinaus auf eine gute Beschäftigung rechnen können.

Höchstlich wirkt sich die gute Lage der Elektrizitätsindustrie auch auf die elektrotechnischen Porzellanfabriken aus.

### Korrektur.

**Neue Lohnsätze in der Porzellan- und Steingutindustrie**

ab 1. Oktober 1927.

In Nr. 39 unserer Zeitung "Keramischer Bund" sind die ab 1. Oktober gültigen Lohnsätze abgedruckt. Dabei sind zwei Druckfehler unterlaufen, die wir nachstehend richtigstellen.

Lohnsatz A.

Facharbeiterinnen, Oeffeklasse B.

Akkordbasis muß es heißen: 46 nicht 56.

Lohnsatz B.

Facharbeiter, Oeffeklasse A.

20—24 Jahre muß es heißen: 69 nicht 50.

Bei den mit dem Syndikat vereinbarten Lohnsätzen blättern Sie die Zahlen richtig aufzuführen. Wir bitten, davor Notiz zu nehmen und die Zahlen entsprechend zu korrigieren.

### Nationalismus und Internationalismus der deutschen Zementindustriellen.

Vor kurzem haben zwischen der deutschen und belgischen Zementindustrie Verhandlungen darüber stattgef

Satze, daß man sich noch nicht einig wurde, viel begegneten. Die Verhandlungen sollen aber fortgesetzt werden, und man wird sich schon einig werden.

Es sollen bereits schon wieder Besprechungen stattgefunden haben, in denen die Ziegler bereits Konzessionen gemacht haben.

Obige Tatsachen waren in der heutigen Zeit der internatio-

nalen Kämpfe zwischen den Industrien verschiedener Länder

weiter nicht besonders bemerkenswert, als daß man darüber

einzelne Worte verlieren braucht.

Den so oft von den Unternehmern befürchteten Internationalismus, soweit er die organisierte Arbeiterschaft betraf, wird

sicher gebürgt, wenn ein Geschäft zu machen ist.

Es ist also nur eilende Heuchelei, wenn von Unternehmern

gegen den Internationalismus der organisierten Arbeiterschaft geworben wird.

Wir wollen aber nicht den Arbeitgebern der Zementindustrie

aus Konkurrenzgründen verargen, daß sie auch in Internationa-

lismus minnen.

Heute kann die Wirtschaft eines einzelnen Landes nur ge-

dehnen auf der Grundlage der Weltwirtschaft. Eine isolierte

ationale Wirtschaft gibt es heute fast gar nicht mehr. An-

derenfalls verfällt sie nach kürzerer oder längerer Zeit dem

Schicksal.

Wir könnten es also im Interesse der deutschen Zement-

industrie und ihrer Arbeiterschaft nur begrüßen, wenn die deut-

schen Zementindustriellen mit den Zementindustriellen des Aus-

landes auf friedlich-ähnliche Weise sich über die Abnahmärkte einigen. Das ist noch besser, als wenn Wirtschaftskämpfe oder

gar Kriege entstehen, die dann auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgeschlagen werden, und wofür sie Gut und Blut her-

geben muß.

Mit diesem Internationalismus ist nun der trostlose, nationa-

listische Standpunkt, den ein großer Teil der deutschen Zement-

industriellen gegenüber den freigewirtschaftlichen Organisationen

einnimmt, nicht zu vereinbaren.

Die vommerischen, thüringischen u. süddeutschen

Zementindustriellen sind mit allen Fasern ihres

Herzens bemüht, den gelben Verbvereinen wieder auf die Beine

zu hessen. Da der von seiner Seite gekündigten Vereinbarung

zwischen den beiden Organisationen haben die deutschen Unter-

nehmer versprochen, die Verbvereine vollständig sich selbst zu

überlassen. Heute werden diese so genannten wirtschaftsfried-

lichen Verbände wieder mit allen Mitteln von der jetzt in Inter-

nationalismus minnenden deutschen Unternehmerschaft gefördert.

Diese gelben Verbvereine werden nun meist dem Reichsverband

deutschsprachischer Arbeitervereine angegeschlossen, welcher dem

frühesten engstirngsten Nationalismus huldigt. Wie ich diese

Sache, die von diesen Verbvereinen von extrem nationalstiftenden Orga-

nisationen, welche sich auf dem extremen Standpunkt einer rein

nationalen Wirtschaftspolitik auf vaterländi-

cher Grundlage stellt, mit den weltwirtschaftlichen Plänen

der deutschen Zementindustriellen verträgt, dieses Rätsel können

sie wahrscheinlich selbst nicht lösen. Oder doch? Wir glauben

auch! Zwei Seelen wohnen auch in dieser Brust! Das können

auch die deutschen Zementindustriellen von sich sagen.

Minnen sie in Internationalismus, so nur des

Gefäßes, des Profits wegen. Minnen sie in Na-

tionalismus, um eben auch des Geschäfts und

Profits wegen.

Mit den gelben Verbvereinen kann man "billigere" Lohn-

tarife und für den Unternehmer günstigere Mantelarise ab-

schließen. Das will der Zementarbeiter ganz genau. Des-

wegen auch ihre Freundschaft gegen den Internationalismus der

freien Gewerkschaften und das Liebäugeln mit dem Nationalis-

mus.

Die Wirklichkeit ist das Kapital schon seit jeher international

gewesen, und wird es auch in Zukunft sein, auch das Zement-

Kapital.

Diese Tatsache ist aber unfehlend von der Zementarbeiter-

schaft noch nicht begriffen worden. Würde es der Fall sein, so

würde sich die Zementarbeiter nicht in die na-

tionalistischen Verbvereine mit mehr oder minder schriftem Druck

verschworen lassen, sondern sich den internationalen Zement-

Kapitalabsolutisten gegenüberstellen im Keramischen Bund au-

flammenläßtlichen. Nur eine starke freigewirtschaftliche Organi-

sation wird dem Zementarbeiter Gewähr bieten, daß nicht bei

den Verhandlungen der deutschen und belgischen Zementindustri-

ellen um das niederländische Abnahmeverträge auch sein Ziel mit ver-

hindert wird.

Schon die Tatsache, daß die sich oft so extrem nationalstiftisch

und vaterländisch gebärdenden deutschen Zementindustriellen mit

ausländischen Zementindustriellen Verträge über Abnahmärkte

abschließen oder darüber verhandeln, magte der deutschen Zem-

tarbeiter nicht, sondern sich den internationalen Zement-

Kapitalabsolutisten gegenüberstellen im Keramischen Bund au-

flammenläßtlichen. Nur eine starke freigewirtschaftliche Organi-

sation wird dem Zementarbeiter Gewähr bieten, daß nicht bei

den Verhandlungen der deutschen und belgischen Zementindustri-

ellen um das niederländische Abnahmeverträge auch sein Ziel mit ver-

hindert wird.

Dennoch ist bei jeder Produktion wiederum der Zement-

arbeiter nicht mehr der Zementarbeiter, sondern der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-

arbeiter ist der Zementarbeiter, der Zementarbeiter ist der Zement-